Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/5726

17. 11. 89

Sachgebiet 412

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 10. Juli 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über den gegenseitigen Schutz und die Förderung von Kapitalanlagen

A. Zielsetzung

Verstärkung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen durch Förderung und Schutz gegenseitiger Kapitalanlagen.

B. Lösung

Völkerrechtliche Absicherung von Direktinvestitionen, insbesondere durch Gewährleistung des freien Transfers von Kapital und Erträgen, Vereinbarung von Inländerbehandlung und Meistbegünstigung, Enteignungsschutz und Entschädigungspflicht sowie Rechtsweggarantie und internationaler Schiedsgerichtsbarkeit.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

keine

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
121 (421) – 651 09 – Ka 62/89

Bonn, den 17. November 1989

An den
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 10. Juli 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über den gegenseitigen Schutz und die Förderung von Kapitalanlagen mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Vertrages und des zugehörigen Protokolls in deutscher und serbokroatischer Sprache sowie eine Denkschrift zum Vertrag sind beigefügt.

Der Gesetzentwurf ist von dem Bundesminister für Wirtschaft und dem Bundesminister des Auswärtigen gemeinsam erstellt worden.

Der Bundesrat hat in seiner 606. Sitzung am 10. November 1989 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Kohl

Entwurf

Gesetz zu dem Vertrag vom 10. Juli 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über den gegenseitigen Schutz und die Förderung von Kapitalanlagen

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Belgrad am 10. Juli 1989 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über den gegenseitigen Schutz und die Förderung von Kapitalanlagen sowie dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Der Vertrag und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das im Vertrag vereinbarte Diskriminierungsverbot sich auch auf Steuern bezieht, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Der Vertrag soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da es sich um einen Rechtsrahmen handelt, der über den in der Bundesrepublik Deutschland ohnehin bestehenden Rechtsschutz nicht hinausgeht.

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über den gegenseitigen Schutz und die Förderung von Kapitalanlagen

Sporazum izmedju Savezne Republike Nemačke i Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije o uzajamnoj zaštiti i podsticanju ulaganja

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien –

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für gegenseitige Kapitalanlagen zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß der gegenseitige Schutz und die Förderung von Kapitalanlagen zur Stärkung der wirtschaftlichen Initiative beitragen –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Der Begriff „Kapitalanlagen" umfaßt Vermögenswerte jeder Art, die in Übereinstimmung mit den innerstaatlichen Rechtsvorschriften angelegt werden, insbesondere aber nicht ausschließlich:

a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Pfandrechte aller Art und ähnliche Rechte;

b) Anteilsrechte an Gesellschaften sowie ähnliche Anlageformen;

c) Ansprüche auf Geld, das zur Schaffung eines wirtschaftlichen Wertes verwendet wurde, oder Ansprüche auf Dienst- oder Sachleistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben und im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen;

d) Urheberrechte, Rechte des gewerblichen Eigentums wie Erfinderrechte einschließlich Patente, Handelsmarken, Handelsnamen, gewerbliche Muster und Modelle sowie technische Verfahren, Know-how und Goodwill;

e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Konzessionen im Zusammenhang mit der Nutzung von natürlichen Ressourcen.

Eine Änderung der Anlageform läßt die Eigenschaft als Kapitalanlage im Sinne dieses Vertrags unberührt.

(2) Der Begriff „Erträge" umfaßt diejenigen Beträge, die eine Kapitalanlage erbringt, insbesondere aber nicht ausschließlich: Gewinne, Dividenden, Zinsen, Lizenzentgelte sowie andere ähnliche Entgelte.

(3) Der Begriff „Investor" umfaßt gemäß den innerstaatlichen Rechtsvorschriften der jeweiligen Vertragspartei

a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

1. Deutsche mit Wohnsitz im Geltungsbereich dieses Vertrags,

Socijalistička Federativna Republika Jugoslavija

i

Savezna Republika Nemačka,

U želji da prodube ekonomsku saradnju izmedju strana ugovornica,

U težnji da stvore povoljne uslove za uzajamna ulaganja,

Uverene da će uzajamna zaštita i podsticanje ulaganja doprineti jačanju ekonomske inicijative,

Sporazumele su se o sledećem:

Član 1.

(1) Izraz „ulaganje" obuhvata imovinsku vrednost svake vrste koja se ulaže u skladu sa nacionalnim propisima strane ugovornice, posebno ali ne i isključivo:

a) svojinu na pokretne i nepokretne stvari, kao i ostala stvarna prava, kao što su založno pravo svake vrste i slična prava;

b) pravo učešća u društvima, kao i slične vrste ulaganja;

c) pravo na novac koji je upotrebljen za stvaranje ekonomske vrednosti ili na usluge i davanja u naturi koja imaju ekonomsku vrednost a u vezi su sa ulaganjem;

d) autorska prava, pravo industrijske svojine, kao što su pronalazačka prava uključujući patente, zaštitne znakove, trgovačke nazive, industrijske uzorke i modele, kao i tehnički postupci, znanje i renome;

e) javno-pravne koncesije uključujući i koncesije u vezi sa korišćenjem prirodnih bogatstava.

Promena oblika ulaganja neće uticati na njegovo svojstvo ulaganja u smislu ovog sporazuma.

(2) Izraz „prihod" obuhvata iznose koje donosi ulaganje, naročito ali ne i isključivo: dobit, dividenda, kamata, naknada za licencu, kao i druge slične naknade.

(3) Izraz „ulagač" obuhvata prema nacionalnim propisima strana ugovornica:

a) U odnosu na Socijalističku Federativnu Republiku Jugoslaviju:

1) Fizičko lice koje ima državljanstvo Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije;

2. juristische Personen sowie Handelsgesellschaften oder sonstige Gesellschaften oder Vereinigungen mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Geltungsbereich dieses Vertrags haben, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,

b) in bezug auf die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien:

1. natürliche Personen, die die Staatsangehörigkeit der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien besitzen,

2. juristische Personen, die in Übereinstimmung mit den jugoslawischen Vorschriften gegründet worden sind,

die Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften im Gebiet der anderen Vertragspartei vornehmen.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei fördert nach Möglichkeit in ihrem Gebiet Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei, läßt sie in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zu und behandelt sie in jedem Fall gerecht und billig.

(2) Kapitalanlagen sowie ihre Erträge genießen den vollen Schutz dieses Vertrags. Entsprechendes gilt für wiederangelegte Erträge und zusätzliche Mittel zur Erweiterung oder Erhaltung einer Kapitalanlage.

(3) Eine Vertragspartei wird in ihrem Gebiet die Verwaltung oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei oder Kapitalanlagen, an denen Investoren der anderen Vertragspartei beteiligt sind, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Investoren oder Kapitalanlagen von Investoren dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Investoren der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Geschäftstätigkeit im Zusammenhang mit Kapitalanlagen nicht weniger günstig als ihre eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten.

(3) Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 beziehen sich nicht auf Vorrechte und Vergünstigungen, die eine Vertragspartei aufgrund

a) ihrer Mitgliedschaft in einer Zollunion, einem gemeinsamen Markt, einer Freihandelszone oder ihrer Zugehörigkeit zu einer Wirtschaftsgemeinschaft,

b) eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen

Kapitalanlagen und Investoren dritter Staaten gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei genießen im Gebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei dürfen im Gebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß gerecht sein und dem Wert der enteigneten Kapitalanlage zu dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die Entscheidung über die Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß ohne unbegründete Verzögerung geleistet werden, tatsächlich verwert-

2) Pravno lice koje je osnovano u skladu sa jugoslovenskim propisima;

b) U odnosu na Saveznu Republiku Nemačku:

1) Nemce sa prebivalištem na području važenja ovog sporazuma;

2) Pravno lice, trgovačko ili drugo društvo ili udruženje sa ili bez svojstva pravnog lica, koja imaju svoje sedište na području važenja ovog sporazuma, bez obzira da li je njihova delatnost usmerena na dobit ili ne;

i koja ulažu sredstva na teritoriji druge strane ugovornice u skladu sa svojim nacionalnim propisima.

Član 2.

(1) Strana ugovornica podstiče, u skladu sa svojim mogućnostima, na svojoj teritoriji ulaganja ulagača druge strane ugovornice, odobrava ih u skladu sa svojim propisima i tretira ih u svakom slučaju na pravičan i ravnopravan način.

(2) Ulaganja, kao i prihodi od tih ulaganja, uživaju punu zaštitu ovog sporazuma. Isto važi i za reinvestirane prihode i dodatna sredstva za proširenje ili održavanje ulaganja.

(3) Nijedna strana ugovornica neće na svojoj teritoriji preduzimati neopravdane i diskriminatorske mere kojima ća ometati upravljanje i korišćenje ulaganja ulagača druge strane ugovornice.

Član 3.

(1) Svaka strana ugovornica obezbediće ulaganjima ulagača druge strane ugovornice ili ulaganjima u kojima učestvuju ulagači druge strane ugovornice tretman koji neće biti manje povoljan od onog koji se priznaje sopstvenim ulaganjima ili ulaganjima ulagača neke treće zemlje.

(2) Svaka strana ugovornica tretiraće ulagače druge strane ugovornice u odnosu na njihovo poslovanje u vezi sa ulaganjima ne manje povoljno od sopstvenih ulagača ili ulagača neke treće zemlje.

(3) Odredbe stava 1. ovog člana ne odnose se na privilegije i povlastice koje jedna strana ugovornica pruža ulaganjima i ulagačima treće države na osnovu:

a) svog članstva u carinskoj uniji, zajedničkom tržištu, slobodnoj trgovinskoj zoni ili pripadnosti jednoj ekonomskoj zajednici;

b) sporazuma o izbegavanju dvostrukog oporezivanja ili drugih sporazuma o poreskim pitanjima.

Član 4.

(1) Ulaganja ulagača jedne strane ugovornice uživaju punu zaštitu i punu sigurnost na teritoriji druge strane ugovornice.

(2) Ulaganja ulagača jedne strane ugovornice mogu se na teritoriji druge strane ugovornice eksproprisati, nacionalizovati ili podvrgnuti drugim merama koje su u svom dejstvu jednake eksproprijaciji ili nacionalizaciji, samo u opštem interesu i uz obeštećenje. Obeštećenje mora biti pravično i da odgovara vrednosti eksproprisanog ulaganja na dan objavljivanja odluke o eksproprijaciji, nacionalizaciji ili nekoj sličnoj meri. Obeštećenje mora da se izvrši bez neopravdanog odlaganja, da se može naplatiti i slobodno transferisati. Ulagač čija je imovina eksproprisana ima pravo na uobičajenu bankarsku kamatu do dana isplate

bar und frei transferierbar sein. Der Investor hat bis zum Zeitpunkt der Zahlung Anspruch auf bankübliche Verzinsung seiner Entschädigung. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung oder vergleichbaren Maßnahme sowie die Höhe der Entschädigung werden auf Antrag des Investors in einem ordentlichen Rechtsverfahren der jeweiligen Vertragspartei nachgeprüft.

(3) Investoren einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Gebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Entschädigungen oder sonstiger Ersatzleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten.

Artikel 5

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet den Investoren der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere aber nicht ausschließlich:

a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge, die zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage notwendig sind;

b) der Erträge;

c) zur Rückzahlung von Darlehen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage gewährt werden;

d) des Erlöses aus vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;

e) der Entschädigungen gemäß Artikel 4.

(2) Der Transfer erfolgt ohne unbegründete Verzögerung zu dem am Tage des Transfers gültigen Wechselkurs.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihrem Investor aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Gebiet der anderen Vertragspartei eine Entschädigungszahlung, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 8 dieses Vertrags, die Übertragung aller Rechte und Ansprüche dieses Investors kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Die andere Vertragspartei erkennt auch den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in diese Rechte oder Ansprüche des Rechtsvorgängers nach Grund und Höhe an. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Rechte und Ansprüche gilt Artikel 5 dieses Vertrags entsprechend.

Artikel 7

(1) Gewährt eine innerstaatliche Rechtsvorschrift der Vertragsparteien oder eine völkerrechtliche Vereinbarung, an der beide Vertragsparteien beteiligt sind, dem Investor der anderen Vertragspartei oder seiner Kapitalanlage eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag, so hat diese Regelung Vorrang vor diesem Vertrag.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Gebiet übernommen hat.

Artikel 8

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit gemäß Absatz 1 dieses Artikels nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich

obeštećenja. Zakonitost eksproprijacije ili druge slične mere i visina obeštećenja ispitaće se na zahtev ulagača u redovnom pravnom postupku strane ugovornice.

(3) Ulagači jedne strane ugovornice koji zbog rata ili drugih oružanih sukoba, revolucije, vanrednog stanja ili pobune, na teritoriji druge strane ugovornice pretrpe gubitke na ulaganjima neće biti nepovoljnije tretirani od ulagača te strane ugovornice ili ulagača neke treće zemlje u pogledu obeštećenja ili drugih naknada.

Član 5.

(1) Svaka strana ugovornica garantuje ulagačima druge strane ugovornice slobodan transfer plaćanja u vezi sa ulaganjem, naročito ali ne i isključivo:

a) kapitala i dodatnih iznosa potrebnih za održavanje ili proširenje ulaganja,

b) prihoda,

c) otplata kredita koji su odobreni u vezi sa ulaganjem,

d) novčanih sredstava od potpune ili delimične likvidacije ili otudjenja ulaganja,

e) naknada koje se isplaćuju u smislu člana 4. ovog sporazuma.

(2) Transferi će se vršiti bez neopravdanog odlaganja prema deviznom kursu koji važi na dan transfera.

Član 6.

Ako jedna strana ugovornica isplati obeštećenje svom ulagaču po osnovu garancije za ulaganje na teritoriji druge strane ugovornice, druga strana ugovornica će, bez povrede prava prvo navedene strane ugovornice iz člana 8. ovog sporazuma, priznati prenošenje svih prava i zahteva ovog ulagača po sili zakona ili na osnovu pravnog posla na prvo navedenu stranu ugovornicu. Druga strana ugovornica priznaće stupanje prve strane ugovornice u sva prava i zahteve pravnog prethodnika po istom osnovu i visini. Za transfer plaćanja po osnovu prenetih prava i zahteva primenjivaće se odredba člana 5. ovog sporazuma.

Član 7.

(1) Ako nacionalni propis strana ugovornica ili medjunarodni sporazum u kome učestvuju obe strane ugovornice pruža ulagaču druge strane ugovornice ili njegovom ulaganju povoljniji tretman od onog koji ima po ovom sporazumu taj propis ima prednost u odnosu na ovaj sporazum.

(2) Svaka strana ugovornica pridržavaće se svih drugih obaveza koje je preuzela u odnosu na ulaganja ulagača druge strane ugovornice na svojoj teritoriji.

Član 8.

(1) Sporovi izmedju strana ugovornica zbog tumačenja ili primene ovog sporazuma treba, ukoliko je to moguće, da se rešavaju preko vlade dve strane ugovornice.

(2) Ako spor ne može da se reši u smislu stava 1. ovog člana podneće se arbitražnom sudu na zahtev jedne od strana ugovornica.

(3) Arbitražni sud se osniva od slučaja do slučaja s tim što svaka strana ugovornica imenuje po jednog člana, a oba člana

auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 dieses Artikels genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Die Entscheidung des Schiedsgerichts ist bindend. Das Schiedsgericht legt im übrigen sein Verfahren selbst fest.

(6) Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen.

(7) Mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten kann das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen dem Investor einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer gerichtlichen Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung der Rechte kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

sporazumno odredjuju državljanina treće zemlje za predsednika, koga zatim imenuju vlade obe strane ugovornice. Članovi se imenuju u roku od dva meseca, a predsednik u roku od tri meseca nakon što je jedna strana ugovornica saopštila drugoj strani ugovornici da će spor izneti pred arbitražni sud.

(4) U slučaju nepridržavanja rokova iz stava 3. ovog člana, svaka strana ugovornica, u nedostatku drugog sporazuma može da zamoli predsednika Medjunarodnog suda pravde da izvrši potrebna imenovanja. Ako predsednik ima državljanstvo jedne od dveju strana ugovornica ili ukoliko je iz nekog drugog razloga sprečen, onda imenovanja treba da izvrši zamenik predsednika. Ukoliko i zamenik predsednika poseduje državljanstvo jedne od strana ugovornica ili ukoliko je i on sprečen, onda po rangu sledeći član Suda pravde, koji ne poseduje državljanstvo jedne od strana ugovornica, treba da izvrši imenovanje.

(5) Arbitražni sud donosi odluku većinom glasova. Odluka arbitražnog suda je obavezujuća. Arbitražni sud sam utvrdjuje postupak rada po ostalim pitanjima.

(6) Svaka strana ugovornica snosi troškove za svoga člana i njegovog zastupnika u arbitražnom postupku; troškove predsedavajućeg, kao i ostale troškove snose u jednakim delovima strane ugovornice. Sud može utvrditi i drugo rešenje za snošenje troškova.

(7) S obzirom na odredbu člana 27. stav 1. Konvencije o rešavanju investicionih sporova izmedju država i pripadnika drugih država od 18. marta 1965. godine, gore predvidjeni arbitražni sud ne može da se sazove ako je izmedju ulagača jedne strane ugovornice i druge strane ugovornice postignut sporazum po članu 25. Konvencije. Ostaje mogućnost da se sazove gore predvidjeni arbitražni sud u slučaju nepoštovanja sudske odluke arbitražnog suda na osnovu gore navedene Konvencije (član 27.) ili u slučaju prenošenja prava na osnovu zakona ili pravnog posla po članu 6. ovog sporazuma.

Artikel 9

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Investor der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Investors der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten unterworfen.

(3) Der Schiedsspruch ist bindend und unterliegt keinen anderen als den in dem genannten Übereinkommen vorgesehenen Rechtsmitteln oder sonstigen Rechtsbehelfen. Der Schiedsspruch wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(4) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während des Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Investor der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

Član 9.

(1) Sporovi u vezi sa ulaganjem izmedju jedne od strana ugovornica i ulagača druge strane ugovornice rešavaće se, ukoliko je to moguće, izmedju strana u sporu na prijateljski način.

(2) Ako spor ne može da se reši u roku od 6 meseci od dana njegovog najavljivanja od strane jedne od strana u sporu, on će se podvrgnuti arbitražnom postupku po osnovu Konvencije o rešavanju investiconih sporova izmedju država i državljana drugih država od 18. marta 1965. godine na zahtev ulagača druge strane ugovornice.

(3) Presuda arbitražnog suda je obavezujuća i ne podleže nikakvim drugim pravnim sredstvima ili pravnim lekovima osim onih koji su predvidjeni u navedenoj Konvenciji. Presuda arbitražnog suda se izvršava prema nacionalnom pravu.

(4) Strana ugovornica koja učestvuje u sporu, za vreme arbitražnog spora ili izvršenja presude arbitražnog suda, neće izneti kao prigovor da je ulagač druge strane ugovornice dobio od osiguranja obeštećenje za deo štete ili za celu štetu.

Artikel 10

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Član 10.

Ovaj sporazum važi nezavisno od toga da li izmedju strana ugovornica postoje diplomatski ili konzularni odnosi.

Artikel 11

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Investoren der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Gebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Član 11.

Ovaj Sporazum važi i za ulaganja koja su izvršili ulagači jedne strane ugovornice u skladu sa propisima druge strane ugovornice na njenoj teritoriji i pre stupanja na snagu ovog sporazuma.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt – mit Ausnahme der Bestimmungen der Protokollnummer 5, soweit sie sich auf die Luftfahrt beziehen – auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Bundesvollzugsrat der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrags eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Član 12.

Ovaj sporazum važi – sa izuzetkom odredbe tač. 5. Protokola ukoliko se ona odnosi na vazdušni saobraćaj – i za Pokrajinu Berlin ukoliko Vlada Savezne Republike Nemačke ne da suprotnu izjavu Saveznom izvršnom veću Skupštine Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije u roku od tri meseca od stupanja na snagu ovog sporazuma.

Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Der Vertrag bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer dieses Vertrags auf unbestimmte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere fünfzehn Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Član 13.

(1) Ovaj sporazum podleže ratifikaciji; ratifikacioni instrumenti razmeniće se u Bonu.

(2) Ovaj sporazum stupa na snagu mesec dana od razmene ratifikacionih instrumenata. Sporazum ostaje na snazi 10 godina. Po isteku tog roka važenje sporazuma se produžuje na neograničeno vreme, ako jedna od strana ugovornica pismenim putem ne otkaže ugovor 12 meseci pre isteka roka. Po isteku 10 godina sporazum može da se otkaže u svako doba sa rokom od 12 meseci.

(3) Za ulaganja koja su izvršena do trenutka prestanka važenja ovog sporazuma važe članovi 1–12. za daljih 15 godina od prestanka važenja ovog sporazuma.

Geschehen zu Belgrad am 10. Juli 1989 in zwei Urschriften, jede in deutscher und serbokroatischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Sačinjeno u Beogradu dana 10. jula 1989. godine u dva originala, na nemačkom i srpskohrvatskom jeziku, s tim da je svaki tekst podjednako autentičan.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Za Saveznu Republiku Nemačku
Dr. Hansjörg Eiff
Dieter v. Würzen

Für die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien
Za Socijalističku Federativnu Republiku Jugoslaviju
Dževad Mujezinović

Protokoll
zum Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über den gegenseitigen Schutz und die Förderung von Kapitalanlagen, das Bestandteil des Vertrags ist

Protokol
uz Sporazum izmedju Savezne Republike Nemačke i Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije o uzajamnoj zaštiti i podsticanju ulaganja, koji je sastavni deo Sporazuma

(1) Zu Artikel 2

Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

(2) Zu Artikel 3

a) Als eine „weniger günstige" Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die Einschränkung des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen, bei der Inanspruchnahme von Krediten, der Beschäftigung von Personal sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Wirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige" Behandlung im Sinne des Artikels 3.

b) Als „Geschäftstätigkeit" im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen.

c) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen und Befreiungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Gebiet ansässigen Investoren gewährt werden, auch auf im Gebiet der anderen Vertragspartei ansässige Investoren auszudehnen.

d) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die in unmittelbarem Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Gebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die in unmittelbarem Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Gebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

(3) Zu Artikel 4

Der Investor hat Anspruch auf Entschädigung auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, an dem er beteiligt ist, eingegriffen und dadurch seine Kapitalanlage erheblich beeinträchtigt wird.

(4) Zu Artikel 5

Der Transfer nach Artikel 5 ist innerhalb der Frist durchzuführen, die zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung des entsprechenden Antrags und endet spätestens mit Ablauf von drei Monaten.

(1) Ad član 2.

Sporazum važi i u oblastima isključive ekonomske zone i epikontinentalnog pojasa u onoj meri koliko medjunarodno pravo dozvoljava odnosnoj strani ugovornici da ostvaruje suverena prava ili suverena ovlašćenja u tim područjima.

(2) Ad član 3.

a) Kao „manje povoljan" tretman u smislu člana 3. treba naročito smatrati: ograničenje primanja sirovina i pomoćnih materijala, energije i goriva, kao i proizvodnih i pogonskih sredstava svih vrsta, ometanje prometa proizvoda, korišćenja kredita, zapošljavanje radnika, kao i druge mere sa sličnim dejstvom. Mere koje se donose iz razloga javne bezbednosti i reda, narodnog zdravlja ili morala ne važe kao „manje povoljni" tretman u smislu člana 3.

b) Kao „poslovanje" u smislu člana 3. smatra se naročito ali ne isključivo upravljanje, upotreba i korišćenje ulaganja.

c) Odredbe člana 3. ne obavezuju ugovornu stranu da poreske povlastice i oslobadjanja koja se odobravaju prema poreskim zakonima samo ulagačima nastanjenim na njenoj teritoriji, proširе i na ulagače nastanjene na teritoriji druge strane ugovornice.

d) Strane ugovornice će u okviru svojih propisa blagonaklono proveravati zahteve za ulazak u zemlju i boravak lica jedne strane ugovornice koja hoće da doputuju na teritoriju druge strane ugovornice u neposrednoj vezi sa ulaganjem; isto važi za radnike jedne strane ugovornice koji u neposrednoj vezi sa ulaganjem hoće da doputuju na teritoriju druge strane ugovornice i tamo borave da bi obavljali posao kao radnici. I zahtevi za izdavanje dozvole za rad blagonaklono se proveravaju.

(3) Ad član 4.

Ulagač ima pravo na obeštećenje i onda ako se državnim merama interveniše u preduzeću u kome on ima učešće i time se znatno umanjuje njegov ulog.

(4) Ad član 5.

Transfer prema članu 5. vršiće se u roku koji je potreban za izvršavanje postupka u vezi sa transferom. Rok počinje teći podnošenjem odgovarajućeg zahteva i završava se najkasnije istekom 3 meseca.

(5) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen.

(5) U prevozu roba i lica koji je u vezi sa ulaganjima jedna strana ugovornica neće isključivati i ometati transportna preduzeća druge strane ugovornice i ako je potrebno izdavaće dozvole za obavljanje prevoza.

Geschehen zu Belgrad am 10. Juli 1989 in zwei Urschriften, jede in deutscher und serbokroatischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Sačinjeno u Beogradu , dana 10. jula 1989. godine, u dva originala na nemačkom i srpskohrvatskom jeziku, s tim da je svaki tekst podjednako autentičan.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Za Saveznu Republiku Nemačku
Dr. Hansjörg Eiff
Dieter v. Würzen

Für die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien
Za Socijalističku Federativnu Republiku Jugoslaviju
Dževad Mujezinović

Denkschrift zum Vertrag

I. Allgemeines

Der deutsch-jugoslawische Investitionsförderungs- und -schutzvertrag dient dem Ziel, die beiderseitige wirtschaftliche Zusammenarbeit zu verstärken, indem er günstige Bedingungen für Kapitalanlagen schafft. Die Förderung und der Schutz gegenseitiger Kapitalanlagen sind nach Auffassung beider Seiten zudem geeignet, die wirtschaftliche Entwicklung in Jugoslawien zu unterstützen. Jugoslawien befindet sich in einer Phase tiefgreifender Wirtschaftsreformen mit marktwirtschaftlichen Zielsetzungen. Der völkerrechtliche Vertrag gewährt den Kapitalanlagen einen umfassenden und dauerhaften Rechtsschutz. Dadurch können deutsche Investitionen in Jugoslawien zusätzlich stimuliert werden.

Der Vertrag ist ferner eine wichtige Voraussetzung für die Übernahme von Bundesgarantien gegen politische Risiken auch für die Erträge aus einer Kapitalanlage. Nach den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes kann der Bund derartige Garantien grundsätzlich nur dann übernehmen, wenn mit dem betreffenden Land ein Investitionsförderungs- und -schutzvertrag besteht.

Der deutsch-jugoslawische Investitionsförderungs- und -schutzvertrag entspricht im wesentlichen dem deutschen Mustervertrag, der auch Grundlage zahlreicher entsprechender Verträge mit anderen Entwicklungsländern sowie osteuropäischen Staaten war.

II. Zu den Vertragsbestimmungen

Der Vertrag besteht aus 13 Artikeln und einem Protokoll.

Zu Artikel 1

Die Bestimmung enthält die Definition der Begriffe „Kapitalanlagen“, „Erträge“ und „Investor“. Einbezogen werden Vermögenswerte jeder Art, die gemäß den jeweiligen innerstaatlichen Rechtsvorschriften angelegt werden, sowie die Erträge hieraus. Die Investoren sind von jeder Seite für ihren Geltungsbereich nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften festgelegt worden. Die Formel für die Bundesrepublik Deutschland entspricht der Fassung in den bisherigen Verträgen mit osteuropäischen Staaten.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung enthält die allgemeine Förderungsklausel und das Prinzip einer gerechten und billigen Behandlung. Es wird klargestellt, daß auch wiederangelegte Erträge (Reinvestitionen) sowie sonstige Erweiterungs- und Erhaltungsinvestitionen unter den Schutz des Vertrags fallen. Jede Seite sichert ferner zu, Kapitalanlagen aus dem anderen Vertragsstaat nicht zu diskriminieren.

Zu Artikel 3

Hier ist der Grundsatz der Inländerbehandlung und Meistbegünstigung niedergelegt. In den Protokollnummern 2 a und b sind die wichtigsten Anwendungsfälle näher konkretisiert. Protokollnummer 2 c stellt klar, daß die Gewährung steuerlicher Vergünstigungen nach dem Prinzip der Gebietsansässigkeit nicht in Widerspruch steht zu dem Gebot der Inländerbehandlung, die an die Staatsangehörigkeit anknüpft. Protokollnummer 2 d enthält eine Wohlwollensklausel hinsichtlich Einreise und Arbeitserlaubnis in unmittelbarem Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung behandelt den Enteignungsschutz sowie die Entschädigungspflicht und den ordentlichen Rechtsweg bei Enteignungsmaßnahmen. Eine Enteigung oder Verstaatlichung ist nur zum allgemeinen Wohl und gegen wertentsprechende Entschädigung zulässig. Der Investor hat Anspruch auf unverzügliche Zahlung der Entschädigung und bei Zahlungsverzug Anspruch auf banküblich Verzinsung. Die Entschädigungspflicht erstreckt sich nicht nur auf unmittelbare Eingriffe in die Kapitalanlage als solche, sondern gemäß Protokollnummer 3 auch auf staatliche Eingriffe in das Unternehmen, wenn dadurch die Kapitalanlage mittelbar beeinträchtigt wird. Bei Verlusten an Kapitalanlagen infolge Krieg, Staatsnotstand oder sonstiger Ausnahmesituationen wird Inländerbehandlung und Meistbegünstigung zugesichert.

Zu Artikel 5

Die Bestimmung enthält das wichtige Prinzip des freien Transfers von Kapital und Erträgen. Der Transfer ist ohne unbegründete Verzögerung zu dem am Tage des Transfers gültigen Wechselkurs durchzuführen. Gemäß Protokollnummer 4 darf der Transfer in keinem Fall später als drei Monate nach entsprechender Antragstellung erfolgen.

Zu Artikel 6

Die Bestimmung enthält den Grundsatz der Subrogation. Sie stellt sicher, daß die Bundesrepublik Deutschland im Falle einer Entschädigungszahlung an einen deutschen Investor aufgrund einer Bundesgarantie gegen politische Risiken die auf sie übergegangenen Rechte und Ansprüche des Investors im eigenen Namen gegenüber dem Vertragspartner geltend machen kann.

Zu Artikel 7

Günstigere Regelungen für den Investor, sei es aufgrund einer innerstaatlichen Rechtsvorschrift des jeweiligen Vertragsstaates oder aufgrund einer anderen völkerrechtlichen Übereinkunft, haben Vorrang vor dem Vertrag (sog. Besserstellungsklausel). Zugleich sichern die Vertragsparteien zu, daß sie dem Investor gegenüber übernommene Verpflichtungen einhalten werden.

Zu Artikel 8

Der Artikel sieht das übliche Schiedsverfahren bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung des Vertrags vor.

Zu Artikel 9

Für Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Investor und dem jeweiligen anderen Vertragsstaat sieht diese

Bestimmung ein Schiedsverfahren beim Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) in Washington nach dem diesbezüglichen Übereinkommen vom 18. März 1965 vor. Der Investor kann diese Schiedsgerichtsbarkeit bei sämtlichen Streitigkeiten mit dem Gaststaat in bezug auf seine Kapitalanlage anrufen.

Zu Artikel 10

Der Vertrag enthält die übliche Fortgeltungsklausel, falls keine diplomatischen Beziehungen bestehen sollten.

Zu Artikel 11

Der Vertrag gilt auch für sog. Altinvestitionen.

Zu Artikel 12

Der Vertrag enthält die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 13

Der Vertrag steht unter dem Vorbehalt der Ratifikation. Nach dem Inkrafttreten gilt der Vertrag zunächst für zehn Jahre und wird sodann – mit zwölfmonatiger Kündigungsfrist – auf unbestimmte Zeit verlängert. Im Falle einer Kündigung bleiben die bis zum Außerkrafttreten des Vertrags vorgenommenen Kapitalanlagen noch weitere fünfzehn Jahre lang geschützt.

Zum Protokoll

Das Protokoll enthält eine Reihe von Erläuterungen und Ausführungsbestimmungen, die Bestandteil des Vertrags sind. Abgesehen von den im Zusammenhang mit den jeweiligen Artikeln erwähnten Bestimmungen sieht das Protokoll in Nummer 1 die Ausdehnung des Vertrags auf Gebiete der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels vor und enthält ferner in Nummer 5 ein Diskriminierungsverbot bei Beförderungen von Gütern und Personen im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn 912349 11. 89
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333